

Offener Brief an BMin Dr. Mückstein betreffend „Pflege(personal)notstand“

Sehr geehrter Herr Bundesminister Dr. Mückstein,

die Patient\*innen und Pflegevertretungen Österreichs erlauben sich, Sie auf den dringenden Handlungsbedarf im Bereich der Pflege hinzuweisen.

Die Pflegevertretungen nehmen zunehmend Beschwerden betreffend mangelnder Pflege- und Betreuungsqualität aufgrund fehlender Personalressourcen entgegen.

Der Pflegepersonalnotstand erstreckt sich über sämtliche Settings (intra- und extramural) und ist akut. Dies führt zum Schließen von Stationen, Sperren von Betten und Verschiebung von Operationen, weil das Personal nicht vorhanden ist. Ebenfalls führt dies zu prekären Versorgungssituationen im häuslichen Bereich, weil zu Pflegenden und deren Angehörige ohne passende Versorgung im Stich gelassen werden. Womit eine „Negativ-Spirale“ in Gang gesetzt wird, da die Versorgung durch Angehörige nicht entsprechend entlastet werden kann und der Aufnahmedruck in den stationären Bereich ansteigt. Dies widerspricht dem Willen vieler Betroffener nach Versorgung im eigenen häuslichen Bereich.

Die eingeschränkte Personalsituation führt dazu, dass pflegerische und betreuende Leistungen nicht mehr erbracht werden können und die Pflegequalität sinkt. Dies trotz hohem Engagement der noch in der Pflege verbliebenen Kräfte. Diese werden zusehends desillusioniert, weil das „Gelernte“, das „pflegewissenschaftlich Anerkannte“ in der Praxis keine Umsetzung finden kann.

In der Pflege herrschen aktuell in Österreich bereits Rahmenbedingungen, die in einigen Regionen bloß eine „warm, satt, sauber Pflege“ zulassen. Die Realisierung von ethischem, evidenz- und forschungsbasiertem Handeln einschließlich eines Wissensmanagements oder die Entwicklung eines Qualitätsmanagements sind nicht mehr möglich. Die Umsetzung der berufsrechtlichen Vorschriften ist nicht garantiert.

Aufgrund der derzeitigen – bereits überspannten – Personalsituation sehen die Patient\*innen- und Pflegeanwält\*innen Österreichs die Grundrechte von Patient\*innen von Krankenanstalten, Bewohner\*innen von Pflegeeinrichtungen und Klient\*innen mobiler Dienste auf eine adäquate Gesundheitsversorgung gefährdet.

Wir fordern daher die zeitnahe und vollständige Umsetzung der von der Task Force Pflege gemachten Vorschläge.

Kurzfristig sind sofort Maßnahmen zu setzen, um insbesondere die Pflege und Betreuung der älteren Bevölkerungsgruppe sicherzustellen, etwa in der Gewinnung und Bindung von qualifiziertem Personal durch (finanzielle und qualitativ-

partizipative) Anreizsysteme für das Pflegepersonal, welche gesetzlich garantiert werden.

Wir schlagen ebenfalls vor, in Abstimmung mit den Bundesländern, verpflichtend die Bereitstellung einer bestimmten Zahl von Ausbildungsplätzen in der Pflege anhand eines Bedarfs- und Entwicklungsplanes vorzugeben, dies unter entsprechender finanzieller Entschädigung für die Auszubildenden.

Eine Bündelung der Kräfte und Angebote sowohl strukturell als auch finanziell ist von Nöten. Es ist dringend erforderlich eine geordnete Regelfinanzierung zu gestalten; beispielhaft könnte das Sozialversicherungssystem (eine weitere Säule im bestehenden System, als Absicherung des Lebensrisikos Pflegebedürftigkeit) oder ein rein steuerfinanziertes System als Vorbild dienen.

Ein flexibles Leistungssystem in Form von Angeboten jenseits von ambulant und stationär sollte in die Umsetzung kommen; das Pflegemodell Buurtzorg sehen wir als besonders zu erwähnendes best practice Beispiel.

Die Patient\*innen- und Pflegeanwält\*innen fordern rasches und umfassendes Handeln!

St. Pölten, am 13.10.2021

Mit freundlichen Grüßen!

Gez.:

Dr.in Michaela Wlattnig  
PatientInnen- und Pflegeombudsfrau Land Steiermark  
Leiterin des AK Pflege in der ARGE PPA  
Information gemäß DSGVO: <https://datenschutz.stmk.gv.at>

Dr. Gerald Bachinger  
NÖ PatientInnen- und Pflegeanwalt  
Sprecher der Patienten- und PflegeanwältInnen  
Tel. 02742/9005-15575  
[www.patientenanwalt.com](http://www.patientenanwalt.com)  
<http://www.noel.gv.at/datenschutz>